

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Motion Aufsichtskommission AK (Kurt Hirsbrunner, BDP/Nicola von Greyerz, SP): PGB – Überprüfung von Kennzahlen, Steuerungsvorgaben und "light"-Dienststellen; Fristverlängerung**

Am 24. April 2014 hat der Stadtrat die folgende Motion der Aufsichtskommission erheblich erklärt:

Parallel zur Auflösung der vom Stadtrat eingesetzten, nichtständigen Kommission „Umsetzungskommission Neue Stadtverwaltung Bern“ (UK NSB) im Jahr 2007 hat die UK NSB u.a. eine Motion¹ eingereicht, mit welcher der Gemeinderat aufgefordert wurde, den Steuerungsteil des Produktgruppen-Budgets umfassend zu überarbeiten. Gleichzeitig wurde die damalige Budget- und Aufsichtskommission beauftragt, die zum damaligen Zeitpunkt von der UK NSB initiierten und noch nicht abgeschlossenen Geschäfte sowie die Umsetzung der von der KPM im Rahmen der durchgeführten Evaluation Parlaments- und Verwaltungsreform NSB² gemachten Empfehlungen zu überwachen.³

Die Aufsichtskommission ist diesem Auftrag nachgekommen und hat eine Arbeitsgruppe NSB eingesetzt, welche nach zwei durchgeführten Sitzungen die Kommission am 27. August 2012 über den Stand der von der UK NSB überwiesenen und beim Gemeinderat hängigen Vorstösse sowie über die Umsetzung der gemachten Empfehlungen der KPM informiert hat. Dabei wurde festgestellt, dass in der Zwischenzeit die Mehrheit von den siebzehn im vorstehend erwähnten Evaluationsbericht der KPM gemachten Empfehlungen umgesetzt worden sind bzw. dass bei einigen Empfehlungen aus heutiger Sicht kein Handlungsbedarf mehr besteht. Ebenfalls wurde festgestellt, dass die noch nicht umgesetzten Empfehlungen in einem engen Zusammenhang mit der eingangs erwähnten Motion stehen, dass aber das Grundanliegen der Motionäre, namentlich der Auftrag an den Gemeinderat „den Steuerungsteil des Produktgruppen-Budgets umfassend zu überarbeiten, wobei insbesondere die Leistungs- und Wirkungsziele zu unterscheiden und die entsprechenden Indikatoren zu formulieren sind“ wohl auf eine grundsätzliche Neukonzeptionierung hinauslaufen und die in den letzten Jahren gemachten Optimierungen des PGB unberücksichtigt lassen würden. Aus diesem Grund und auch weil die Motion veraltete und teilweise dem Sprachgebrauch der Stadt Bern nicht entsprechende Inhalte aufweist, hat die Aufsichtskommission beschlossen, dem Stadtrat die Abschreibung der UK-NSB-Motion zu beantragen.

Trotz der Abschreibung der genannten Motion sieht die Aufsichtskommission einen gewissen Handlungsbedarf für eine umfassende Überprüfung des Produktgruppenbudgets. In den letzten Jahren haben die Sachkommissionen, die Finanzdelegation und letztendlich auch der Stadtrat im Rahmen der Budgetberatungen immer wieder auf Punkte hingewiesen, welche einer Anpassung bzw. Überprüfung des PGB bzw. der einzelnen Steuerungsvorgaben sowie der Kennzahlen bedürfen. Auch die Einführung immer mehr Dienststellen, welche als Light-Gruppen im PGB aufgeführt werden und entsprechend über keine Steuerungsvorgaben verfügen, wird als störend erachtet.

¹ Motion Umsetzungskommission Neue Stadtverwaltung Bern, UK NSB (Liselotte Lüscher, SP/Ueli Hauden-schild, FDP): Steuerungsteil im Produktgruppen-Budget überarbeiten (2007. SR.00099).

² Evaluation der Parlaments- und Verwaltungsreform Neue Stadtverwaltung Bern NSB, Schlussbericht zu Händen des Stadtrats und des Gemeinderats, Ladner, Cemerin, Ritz, Sager, KPM-Schriftenreihe Nr.18, Bern 2007

³ Vortrag der UK NSB an den Stadtrat vom 10. Mai 2007 Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Schlussbericht und Auflösung der Umsetzungskommission NSB

Dieser von der Aufsichtskommission verfolgte Motionsauftrag unterscheidet sich nicht grundsätzlich vom Motionsauftrag der UK NSB, obwohl ersterer weniger weit geht und nicht nach einer umfassenden Überarbeitung des Steuerungsteils verlangt. Vielmehr sollen einerseits die Kennzahlen und Steuerungsvorgaben gesamthaft aufgelistet, analysiert und mit einer entsprechenden Wertung des Gemeinderats versehen werden, damit in einem zweiten Schritt der Stadtrat aufgrund der gelieferten Daten eine Diskussionsgrundlage hat, um über die Notwendigkeit der entsprechenden Kennzahlen und Steuerungsvorgaben entscheiden zu können. Als dritter Schwerpunkt wird eine Analyse der Dienststellen ohne Steuerungsvorgaben verlangt, worin der Gemeinderat die Notwendigkeit der Einführung solcher Dienststellen darlegen bzw. aufweisen soll, ob eine Umwandlung in eine Dienststelle mit Steuerungsvorgabe nicht sinnvoller erscheint. Entsprechend dem vorstehend Ausgeführten wird der Gemeinderat aufgefordert, folgende Überprüfung des PGB vorzunehmen:

1. Überprüfung der Kennzahlen (Auflistung/Analyse)
Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gesamthafte Auflistung der Kennzahlen vorzunehmen, diese zu analysieren und mit einer entsprechenden Wertung zu versehen.
2. Überprüfung der Steuerungsvorgaben (Auflistung/Analyse).
Der Gemeinderat wird verpflichtet, eine gesamthafte Auflistung der Steuerungsvorgaben vorzunehmen, diese zu analysieren und mit einer entsprechenden Wertung zu versehen.
3. Überprüfung der „light“-Dienststellen
Der Gemeinderat wird verpflichtet, alle Dienststellen ohne Steuerungsvorgaben („light“-Dienststellen) daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht in Dienststellen mit Steuerungsvorgaben umgewandelt werden könnten.

Bern, 15. August 2013

Erstunterzeichnende: Nicola von Greyerz, Kurt Hirsbrunner

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat die Motion der Aufsichtskommission (AK): PGB – Überprüfung von Kennzahlen, Steuerungsvorgaben und "light"-Dienststellen mit SRB 2014-199 am 24. April 2014 mit 41 Ja zu 19 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung erheblich erklärt.

Ein zentraler Kritikpunkt des NSB-Systems, welcher aus der 2006 extern durchgeführten Evaluation hervorging, betraf den Steuerungsteil im Produktgruppen-Budget. So zeigte die Analyse, dass eine einheitliche Systematik bei Ziel- und Indikatorenformulierung noch weitgehend fehlte. Zudem waren nur selten realistische Ziele und konsistente Indikatoren auf der Wirkungsebene erwähnt.

Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben – gemeinsam mit dem Stadtrat – seither ständig an Optimierungen des PGB gearbeitet. So wurden Darstellungen und Kennzahlen laufend überprüft, angepasst, gestrichen, verändert oder durch optimalere ersetzt. Es wurden Ziele überprüft und wo nötig Indikatoren entwickelt, allenfalls ersetzt oder angepasst. So sind im Verlauf der Zeit kontinuierlich Verbesserungen erzielt worden, die dazu geführt haben, dass das PGB insgesamt deutlich aussagekräftiger und verständlicher geworden ist als zu Beginn der Umstellung auf NSB. Allerdings wurde der Steuerungsteil des PGB nie gesamtheitlich überarbeitet, sondern vielmehr kontinuierlich optimiert. Trotzdem stehen mit PGB und Jahresbericht heute Instrumente zur Verfügung, die zwar anspruchsvoll und nicht perfekt sind, die aber eine höhere Kosten- und Leistungstransparenz aufweisen.

Die Überarbeitung des PGB und der Produktgruppen-Rechnung stellt einen erheblichen Zusatzaufwand zum Tagesgeschäft dar: So wird eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe nötig sein,

um alle betroffenen Dienststellen adäquat einbeziehen zu können. Für die fachliche Unterstützung des Projekts wird externe Unterstützung erforderlich sein.

Für die Projektarbeiten benötigt der Gemeinderat mehr Zeit, weshalb er eine Fristverlängerung bis Ende 2019 beantragt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion der Aufsichtskommission AK (Kurt Hirsbrunner, BDP/Nicola von Greyerz, SP): PGB – Überprüfung von Kennzahlen, Steuerungsvorgaben und "light"-Dienststellen; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende 2019 zu.

Bern, 20. September 2017

Der Gemeinderat